

06.07.2007

## **Industrie und Regierung verweigern weitere Forschung über Mobilfunk-Gefahren**

**Hinz übt Kritik an Einstellung des Forschungsprogramms über Strahlungsschäden**

**Die Sorge der Bevölkerung vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Mobilfunkstrahlen hat gerade in der letzten Zeit in der heimischen Region hohe Wellen geschlagen. Umso wichtiger ist es nach Einschätzung der Bundestagsabgeordneten Priska Hinz, weitere Untersuchungen zur Risikoabschätzung des Mobilfunks anzustellen.**

Die forschungspolitische Sprecherin hatte sich mit einem Antrag Ihrer Fraktion für eine Verlängerung des international anerkannten Forschungsprogramms Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramms (DMF), das seit 2002 vom Bundesamt für Strahlenschutz betreut wird, eingesetzt. Bereits jetzt ist laut Hinz absehbar, dass das Ende dieses Jahres auslaufende Forschungsprojekt viele Fragen offen lassen wird.

"Telekom, Vodafone, e-plus und O2 sind ihre Gewinne offenbar wichtiger als das Vertrauen ihrer Kunden", so Hinz. Umwelt-Staatssekretär Michael Müller hatte bei der Debatte im Unterausschuss des deutschen Bundestags bekanntgegeben, dass die Mobilfunknetzbetreiber es abgelehnt haben, sich weiter an der Erforschung möglicher Gefahren durch den Mobilfunk im Rahmen des DMF zu beteiligen. An dem laufenden Programm hatten sich die Betreiber noch mit 8,5 Millionen Euro beteiligt.

"Die Verweigerung der Mobilfunkbetreiber ist nicht nur aus Gründen des Gesundheitsschutzes völlig unverständlich. Sie ist auch in deren eigenem Interesse kontraproduktiv, weil sie nicht vertrauensbildend, sondern Misstrauen verstärkend wirkt", findet Hinz. Immerhin habe das Bundesamt für Strahlenschutz schon 2006 erklärt, dass über Langzeitwirkungen und über die besondere Empfindlichkeit von Kindern wegen lückenhafter Forschungsergebnisse noch keine abschließenden Aussagen möglich seien.

### **Keine Aussagen über Langzeitschäden möglich**

Vor diesem Hintergrund ist es für die heimische Abgeordnete auch nicht nachvollziehbar, dass die Regierungskoalitionen den Antrag der Grünen auf Verlängerung des Mobilfunk-Forschungsprogramms abgelehnt haben. Während die Linke und sogar die FDP diesen Antrag unterstützten, hätten sich CDU-Vertreter gar zu der Behauptung verstiegen, dass die Forderung nach weiterer Forschung "Panikmache" sei.

"Die grundsätzliche Ablehnung der Netzbetreiber und die Ignoranz der CDU/CSU zeigen, dass sie nicht verstanden haben, dass Ängste der Bevölkerung genau dadurch gefördert werden, dass Transparenz und Erforschung möglicher Folgen verweigert werden", so Hinz abschließend.